



Interviews

24. Juni 2024

Dirk-Oliver Heckmann im Gespräch mit Siegfried Russwurm

Dirk-Oliver Heckmann: Der BDI lädt heute zum Tag der deutschen Industrie und darüber können wir sprechen mit Siegfried Russwurm, dem Präsidenten des Bundesverbandes der deutschen Industrie. Guten Morgen, Herr Russwurm.

Siegfried Russwurm: Guten Morgen, Herr Heckmann.

Heckmann: Fangen wir mit dem aktuellsten Thema vielleicht an, das Lothar Lenz gerade auch erwähnt hat. Brüssel hat in der vergangenen Woche Straf- beziehungsweise Ausgleichszölle gegen China angedroht wegen der massiven Subventionierung chinesischer E-Autos durch Peking. Wirtschaftsminister Habeck hat sich am Rande seiner Reise nach China erleichtert gezeigt, dass beide Seiten jetzt doch darüber verhandeln wollen. Wie optimistisch sind Sie, Herr Russwurm, dass ein Handelskrieg abgewendet werden kann?

Russwurm: Ich glaube, allein die Tatsache, dass man jetzt miteinander sprechen wird, dass man klären wird, wo denn die Vorwürfe der Europäischen Union sind, die Positionen der Chinesen dazu austauscht, ist ein gutes Zeichen. Solange man miteinander redet – Sie kennen den alten Spruch -, schießt man nicht aufeinander. Hier gilt das genauso. Zwangsmaßnahmen sind für die Exportnation Deutschland das Letzte, was wir uns wünschen können.

Heckmann: Sind die Vorwürfe der Europäischen Union denn berechtigt aus Ihrer Sicht?

Russwurm: Ich kenne die Analyse-Ergebnisse nicht im Detail. Aber allein die Tatsache, dass man nicht in Bausch und Bogen die gesamte chinesische Automobilindustrie mit Zöllen belegt, sondern differenziert vorgehen will, spricht ja dafür, dass es auch eine differenzierte Analyse gab, und darüber muss man jetzt mit den Chinesen sprechen, und es ist gut so, dass es von beiden Seiten Gesprächsbereitschaft gibt. Dann wird man sehen, was bleibt als Verstoß gegen Welthandelsregeln und was ist nicht so hinterlegt.

Heckmann: Das hat Robert Habeck, der Wirtschaftsminister, ja auch betont, dass es sich dabei, anders als im Fall der USA, nicht um Strafzölle handele, sondern um Ausgleichszölle, die die Wettbewerbsfähigkeit wiederherstellen sollen. Die Kommission treibt die Pläne voran. Die Bundesregierung bremst, auch die deutsche Industrie ist dagegen. Sie haben es gerade auch noch mal betont, weil Deutschland ja auch massiv abhängig ist vom chinesischen Markt. Ist es nicht mittlerweile ein Problem, dass Deutschland so abhängig ist von China, dass man gegen Wettbewerbsverzerrungen wie diese massive Subventionierung schon gar nichts mehr unternehmen möchte?

Russwurm: Das ist ja nicht der Fall. Es geht ganz klar darum, eine Balance zu halten, auf der einen Seite Wettbewerbsverstöße klar zu sanktionieren, aber auf der anderen Seite auch Anwalt von offenem Handel zu bleiben. Da hat Deutschland und damit die deutsche Bundesregierung allen Anlass dafür, denn viele Länder auf der Welt gibt es nicht, die 40 Prozent ihres Geschäftes im Export machen. Deutschland hat, wie kaum ein anderes Land, ein Interesse daran, dass es Freihandel weiter gibt, und für den zu kämpfen und gleichzeitig Verstöße auch konsequent zu ahnden. Das ist die Balance, die gilt für Brüssel und für Berlin gleichermaßen.

Heckmann: Sie haben es gerade gesagt: Es gibt nicht so viele Länder, die so viel exportieren wie Deutschland. Welche Rolle spielt denn die Tatsache in dem Kontext, dass die EU-Länder dort unterschiedliche Positionen haben? Frankreich zum Beispiel ist da weniger zimperlich, weil man da nicht so abhängig ist vom chinesischen Markt.

Russwurm: Die 27 EU-Länder haben da unterschiedliche Schwerpunkte. Umso wichtiger ist es, dass die deutsche Bundesregierung auch klarmacht, die größte Volkswirtschaft in der EU, die kann nicht über die Kante fallen, sondern das muss auch im Interesse des europäischen Binnenmarktes sein, dass wir weiter erfolgreich sind, denn der Export aus Deutschland ist auch ein Exporterfolg der Europäischen Union.

Heckmann: Soweit jetzt mal der Komplex EU-China. Es war wichtig, glaube ich, das in den letzten Tagen zu besprechen. Heute ist aber der Tag der Industrie. Mit dabei Wirtschaftsminister Habeck, der Finanzminister Lindner, aber auch Kanzler Scholz. Sie, Herr Russwurm, haben Anfang April ihm via Süddeutscher Zeitung ausrichten lassen, dass man zwei verlorene Jahre hinter sich habe, was den Wirtschaftsstandort Deutschland angehe. Sagen Sie dem Kanzler das heute auch ins Gesicht?

Russwurm: Wir sind nicht nur über Interviews miteinander im Gespräch.

Heckmann: Aber auch!

Russwurm: Der Kanzler kennt da meine Position. Ich kenne seine. Jetzt müssen der BDI-Präsident und der Bundeskanzler nicht unbedingt gleicher Meinung sein, aber wir wollen heute eine konstruktive Debatte darüber führen, was denn notwendig ist, um die Misere zu beheben, um wieder besser zu werden. Denn wenn man im Beispiel des Fußballs bleibt: Wenn ich mir die Ergebnisse anschau, dann sind wir gegenwärtig in der Vorrunde ausgeschieden, und dann ist die Frage, ob wir schön gespielt haben, dabei eher zweitrangig.

Heckmann: Die Prognosen für das Wirtschaftswachstum werden von dem einen oder anderen Institut derzeit wieder etwas nach oben korrigiert. Auch Sie legen eine neue Prognose vor. Sehen Sie denn eine gewisse Entspannung?

Russwurm: Es gibt einen Silberstreif am Horizont, aber so wie es momentan aussieht, ist das die übliche Welligkeit von Konjunktur und noch nicht eine wirkliche Trendwende.

Heckmann: Wo sehen Sie das Wachstum denn?

Russwurm: Wir sehen für heuer 0,3 Prozent. Das ist ein bisschen positiv. Dabei muss man immer im Kopf haben, die USA werden um 2,5 Prozent Wachstum, der Welthandel um drei, China um wahrscheinlich knapp fünf. Da sind 0,3 wirklich kein Ergebnis, mit dem man sich weiter qualifiziert. Aber noch mal: Auch wenn es jetzt etwas anzieht, weil Unternehmen Investitionen aufgeschoben haben, aber irgendwann musst du den neuen Gabelstapler kaufen, auch wenn du ihn zwei Jahre länger betrieben hast. Das ist noch nicht die Trendwende, die wir brauchen. Das unterliegende langfristige Wachstum ist das, was uns am meisten Sorgen macht.

Heckmann: Wie kann die Trendwende aus Ihrer Sicht erreicht werden?

Russwurm: Das beginnt damit, dass wir sowohl in Brüssel, in der Europäischen Union, als auch in Deutschland klar das Thema Wirtschaftswachstum wieder als ein wichtiges Ziel verstehen.

Heckmann: Und Klimaschutz dann zurückstellen?

Russwurm: Nein! – Nein, nein, es geht nicht um einen Gegensatz zwischen Klimaschutz und Wachstumspolitik, sondern um eine kluge Kombination von beidem. Wir können uns den Luxus nicht leisten, auf Klimaschutz zu verzichten. Das sehen wir jeden Tag in den Nachrichten. Aber das muss kein Gegensatz sein, sondern noch mal: Eine kluge Kombination, ein Industrial Deal neben dem Green Deal, das muss das Ziel sein.

Heckmann: Was braucht es noch?

Russwurm: Es gibt eine ganze Reihe von Hebeln, die sowohl Brüssel als auch Berlin ziehen kann. Das fängt an mit einem drastischen Bürokratieabbau. Wir leisten uns viel zu viel Papierkram, und zwar wortwörtlich Papierkram, und nicht mal digitale Berichte, sowohl auf EU- als auf Bundesebene. Das muss dringend weg. Wir müssen mehr Handelsabkommen schließen in der Welt. Die Abhängigkeit von China haben Sie vorhin geschildert. Aber es geht ja nicht darum, dass wir uns aus China zurückziehen, sondern dass wir neben China auch noch andere Länder erschließen, und da waren die letzten Jahre einfach enttäuschend. Wir sind bei den Handelsabkommen kaum weitergekommen.

Heckmann: Der BDI, Ihr Verband fordert auch ein Investitionspaket für den Industriestandort in Deutschland in Höhe von 400 Milliarden Euro, für die Infrastruktur beispielsweise, den Ausbau auch von Schulen und Kitas, Verkehrsinfrastruktur und so weiter und so fort. Finanziert werden soll das Ganze aus einem Mix aus Haushaltskonsolidierung, Strukturreformen und einem Sondervermögen, also neuen Schulden. Dabei hat Deutschland schon Staatsschulden in Höhe von 2600 Milliarden Euro und da sollen aus Ihrer Sicht noch mal neue Schulden obendrauf.

Russwurm: Erst mal sind das keine neuen Forderungen, sondern wir haben etwas getan, was ich eigentlich von einer Bundesregierung erwartet hätte, nämlich mal zusammengezählt, wieviel ist denn offen an Investitionen. Ich nehme gerne das Beispiel der Deutschen Bahn, die selber sagt, wir haben einen Nachholbedarf von 90 Milliarden, und 27 Milliarden sind in den Budgets geplant. Da bleiben 63 Milliarden offen. All diese Dinge haben wir zusammengezählt und kamen tatsächlich auf einen Nachholbedarf in der Größenordnung von 400 Milliarden. Jetzt wollen wir auch einen Beitrag dazu leisten, dass diese erstarrte Haltung in den Schützengräben der Diskussion über die Finanzierung etwas aufgelockert wird. Wir sind der festen Überzeugung, die Lösung wird nicht schwarz und weiß sein. Erst mal braucht es und gibt es Reserven, die man anzapfen muss und kann, zum Beispiel Effizienzreserven durch

höhere Digitalisierung des Staates. Man wird auch um Priorisierungen nicht herumkommen. Das ist wie in einer Familie, wie in einem Betrieb auch. Nicht alles, was wünschenswert ist, kann man sich leisten. Und wir können mehr Steuereinnahmen auch dadurch erzeugen, wenn wir endlich mehr wachsen. Wenn das alles nicht reicht und nur wenn das alles nicht reicht, dann wird man auch – und das ist politische Klugheit – über Kreditfinanzierung reden müssen, aber da haben wir uns klar positioniert: nicht durch Aufweichen der Schuldenbremse, sondern wenn überhaupt, dann durch sehr gezielte Pakete.

Heckmann: Zum Beispiel ein neues Sondervermögen auf Kosten der nachfolgenden Generationen?

Russwurm: Mit einer ganz klaren Konditionierung, mit einer parlamentarischen Kontrolle, keine Generalvollmacht, das Konto zu überziehen, sondern in Einzelthemen wird das mit aller Wahrscheinlichkeit der politische Kompromiss sein. Noch mal: Ich mag es nicht, wir sind gegen neue Schulden, aber wenn es denn welche braucht und wenn die Teil des politischen Kompromisses sind, dann bitte nicht in Form einer Generalermächtigung des Aufhebens der Schuldenbremse, sondern in ganz klaren Paketen, über die dann auch das Parlament entscheidet.

Heckmann: Kurze Frage zum Abschluss, Herr Russwurm. Sie sind verhalten, was die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Jahr angeht. Was denken Sie, wird das im nächsten Jahr, in den nächsten Jahren besser?

Russwurm: Wenn man als Unternehmer nicht Optimist ist, ist man im falschen Beruf. Es muss besser werden, denn wir können es uns für das Industrieland Deutschland nicht leisten, auf den Abstiegsplätzen weiterzuspielen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.